



**Stadt
Luzern**
Stadtrat

Bericht und Antrag

an den Grossen Stadtrat von Luzern
vom 11. April 2001

B+A 12/2001

Abschreibung von Motionen und Postulaten

Vom Grossen Stadtrat
mit Änderungen beschlossen am
7. Juni 2001
(bereinigter Beschluss im Anhang)

Inhaltsverzeichnis	Seite
Abzuschreibende Motionen und Postulate	3
Antrag des Stadtrates	13

Anhang 1

In Anhang 1 sind diejenigen Vorstösse aufgeführt, für welche der Stadtrat gemäss Art. 87 Abs. 2 des Geschäftsreglementes des Grossen Stadtrates der Geschäftsprüfungskommission einen begründeten Antrag, die Erledigungsfrist um ein Jahr zu verlängern, stellt.

Anhang 2

Anhang 2 enthält der Übersicht halber die Vorstösse, die mit einem anderen vom Stadtrat verabschiedeten Bericht und Antrag speziell behandelt werden bzw. wurden.

Anhang 3

Anhang 3 enthält die Motionen und Postulate, für die noch kein Abschreibungsantrag gestellt werden kann bzw. muss.

Der Stadtrat von Luzern an den Grossen Stadtrat von Luzern

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen unter Hinweis auf Art. 87 Abs. 3 des Geschäftsreglementes des Grossen Stadtrates von Luzern eine Aufstellung entgegengenommener bzw. überwiesener Motionen und Postulate, für die er Ihnen Abschreibung beantragt:

1. Postulat 388 1987, Verena Küttel und Beat Murer namens der SP-Fraktion, vom 15. November 1990

Gesunde Luft – auch bei schönem Wetter: Ozonmassnahmenplan

Der im Postulat 388 geforderte kantonale Massnahmenplan wurde in den frühen 90er-Jahren ausgearbeitet. Da nur ein Teil der darin vorgeschlagenen Massnahmen umgesetzt werden konnte, ist die Ozonbelastung im Raum Luzern im Sommerhalbjahr nach wie vor übermässig. Dies war ein Grund dafür, gegen Ende der 90er-Jahre auch auf städtischer Ebene einen Aktionsplan mit Massnahmenpaketen auszuarbeiten. Dieser ist in Umsetzung begriffen. Die Zentralschweizer Umweltschutzdirektorenkonferenz hat im Jahre 2000 einen neuen gemeinsamen Massnahmenplan erlassen. Dieser wird dazu beitragen, die Ozonbelastung in der Stadt Luzern weiter zu reduzieren. Er wird jedoch nicht ausreichen, die Grenzwerte einzuhalten. Heute weiss man, dass die Ozonbelastung in der Stadt Luzern nur um ca. einen Drittel gesenkt werden könnte, würden auf Stadtgebiet überhaupt keine Vorläufersubstanzen mehr emittiert. Rund die Hälfte der Belastung wird durch Stoffe verursacht, die in anderen Gebieten der Schweiz und Mitteleuropas emittiert werden, der Rest stammt aus natürlichen Quellen. Vor diesem Hintergrund und angesichts der laufenden Bestrebungen auf kantonaler und kommunaler Ebene erscheint es uns angebracht, das Postulat abzuschreiben.

2. Postulat 385 (1987/91) Verena Küttel vom 25. April 1991

Bus für Betagte und AnwohnerInnen der unteren Steinhofstrasse

Im Herbst 2000 hat der Grosse Stadtrat den Kredit für den städtischen Beitrag an einen Versuchsbetrieb gesprochen; im Januar 2001 hat der Zweckverband ÖVL der Einführung zugestimmt. Die Inbetriebnahme eines Versuchsbetriebs kann in der 2. Hälfte 2001 erwartet werden.

3. Postulat 199 (Bürgergemeinde) vom 20. Februar 1996

Begleitung von Senioren als prophylaktische Massnahme

Im Vordergrund des Postulats steht die Realisierung präventiver Hausbesuche bei Seniorinnen und Senioren (das sog. EIGER-Projekt). In den Hauptzielen des Stadtrates für die Planungsperiode 2001 bis 2004 wird festgehalten, dass in der Neuen Stadt Luzern erstmals alle Bereiche des kommunalen Gesundheitswesens in einer Direktion (der Sozialdirektion) koordiniert und gelenkt werden sollen. "Eine systematische und transparente Bestandesaufnahme der bisher erbrachten Leistungen und eine Neudefinition der noch zu erbringenden Leistungen bilden die erste Voraussetzung für eine umfassende künftige Gesundheitspolitik." (Seite 56). In diese Bestandesaufnahme werden auch die Anliegen des Postulates einfließen. Zudem hat der Grosse Stadtrat mit dem Ziel 23 "Alterspolitik gesamtheitlich betrachten und neue Ziele formulieren" für die Periode 2001–2004 einen Auftrag erteilt. Es bestehen auch Berührungspunkte zum Vorstoss 59 2000/2004 "Leitbild soziale Aufgaben" von Hildegard Bitzi.

4. Postulat 12 (Bürgergemeinde) Rolf Krummenacher vom 28. Oktober 1996

Finanzierung Jugend- und Elternberatung CONTACT

Die Stadt übernahm als Übergangshilfe im Sinne des Postulates eine federführende Rolle innerhalb des Vereins CONTACT. Resultat davon sind ein neuer Vorstand per 1.1.2001 mit Vertretungen aus der Agglomeration, einem Co-Präsidium mit Rita Rigert, Sozialvorsteherin Udligenswil, und Odette Keller, Amtsvormundschaft Stadt Luzern, einem stärkeren finanziellen Engagement der Gemeinden, die Dienstleistungen beziehen, sowie zeitgemässen Vereinsstatuten.

5. Postulat 2 (1996/2000), Adrian Schmid namens der GB-Fraktion, vom 3. Juli 1997
Für einen vernünftigen Preis der VBL-Tageskarte

Am 1. Januar 2002 wird der Integrale Tarifverbund Agglomeration Luzern (ITV Agglo Luzern) eingeführt. In diesem Zusammenhang werden alle Tarife überprüft und wo nötig angepasst, so auch die Tarife für Tageskarten. Die Tageskarten werden neu für Fahrten innerhalb des ganzen Zonenplanes gelten, und die Tarife werden Halbtax-abos berücksichtigen. Die Interessen der Kunden auf dem VBL-Netz werden dabei nicht von der Stadt, sondern vom Zweckverband öffentlicher Verkehr (ÖVL) wahrgenommen.

6. Motion 40 (1996/2000), Kurt Bieder namens der FDP-Fraktion, vom 2. April 1998
Zukunft des Hallenbades

Aus formellen Gründen muss ein Abschreibungsantrag gestellt werden (Art. 87 Abs. 2 und 3 Geschäftsreglement). Das Anliegen wird materiell im B+A "Wettbewerbskredit neues Hallenbad" im Herbst 2001 im Grossen Stadtrat behandelt.

7. Postulat 112 (1996/2000), Lotti Marti-Schindler namens der SP-Fraktion, vom 15. Juni 1998
Abgabe IV-Märkli und VBL-Altersabos

1999–2001 wurde der 9-Uhr-Pass der VBL an AHV- und IV-BezügerInnen, die Ergänzungsleistungen beziehen, um 50 % ermässigt. Die Mittel wurden dem Maria Benes-Schmid Fonds entnommen. Im Rahmen der Neudefinition der zukünftigen städtischen Sozialpolitik wird geprüft, ob diese Ermässigung im Rahmen der AHIZ-Leistungen erbracht werden könnten.

8. Postulat 86 (Bürgergemeinde), Reto Padrutt namens der SP-Fraktion, vom 7. September 1998
Planung und Errichtung von Betagtenunterkünften im Quartier Schönbühl

Das Postulat wurde in die Gesamtplanung 2001 bis 2004 der Stadt Luzern aufgenommen (Seite 94). Im Rahmen der laufenden Konzeptentwicklung der Pflegewohnungen (ehemals Koordinierte Pflegegruppen) werden im Moment mehrere Standorte im Stadtgebiet Tribtschen-Langensand-Sternmatt geprüft. Die Chancen stehen gut, bis Ende 2002 zwischen 20 und 30 Pflegeplätze anbieten zu können. In einem Fall

(Studhaldenhöhe) läuft die Projektierung, im zweiten Projekt (Überbauung Moosmatt und Bodenhofstrasse/Primelweg) bestehen im Grundsatz Abmachungen mit den Bauherren.

9. Postulat 119 (1996/2000), Verena Küttel namens der SP-Fraktion, vom 17. September 1998

Versuchsweiser Busbetrieb im Steinhofgebiet

Im Herbst 2000 hat der Grosse Stadtrat den Kredit für den städtischen Beitrag an einen Versuchsbetrieb gesprochen; im Januar 2001 hat der Zweckverband ÖVL der Einführung zugestimmt. Die Inbetriebnahme eines Versuchsbetriebs kann in der 2. Hälfte 2001 erwartet werden.

10. Postulat 188 (1996/2000), Ruedi Meier und Ursula Moser Vollmeier namens der GB-Fraktion, vom 22. Oktober 1998

Für ökologische Leitlinien – ein Umweltreglement für die Stadt Luzern

Der Stadtrat hat sich in seiner Antwort vom 14. Oktober 1998 bereit erklärt, die notwendigen Abklärungen für den Erlass eines Umweltreglementes zu treffen. Die Abklärungen haben Folgendes gezeigt:

Der Umweltbereich wird in erster Linie auf den Stufen Bund und Kantone gesetzlich geregelt. Die auf kommunaler Ebene geforderten Regelungen sind in der Stadt Luzern vorhanden. Damit bleibt der Stadt nur noch geringer Handlungsspielraum für den Erlass zusätzlicher Vorschriften. Es erscheint deshalb wirksamer, statt eines Umweltreglementes ein so genanntes Umweltleitbild für die Stadt Luzern zu erarbeiten. Darauf aufbauend wird man konkrete Massnahmen formulieren und in der Folge auch umzusetzen können. Im Jahre 2000 wurde unter Federführung der Umweltschutzstelle der 1. Umweltbericht für die Stadt Luzern erstellt. Im Sinne einer Situationsanalyse bildet er eine gute Grundlage für die Ausarbeitung des Leitbildes. Die Arbeiten am Leitbild werden zurzeit in Angriff genommen.

11. Postulat 124 (Bürgergemeinde) Urban Frye vom 12. März 1999

Fragen zum Bericht 104 des Bürgerrates über Ausbildungsstruktur des Personals in den Betagtenzentren der Bürgergemeinde

Die optimale Ausbildungsstruktur des Pflegepersonals in den Betagtenzentren richtet sich im Wesentlichen nach der Pflege- und Betreuungsbedürftigkeit der Bewohnerinnen und Bewohner, dem gewählten Pflege- und Betreuungsmodell sowie den baulichen und infrastrukturellen Gegebenheiten im Heim. Sowohl beim Leistungs-

auftrag (der Pflegebedarfsabklärung) wie auch den Qualitätsbestimmungen (der Qualitätssicherung) existieren klare Richtlinien seitens des Krankenversicherungsgesetzes (KVG). Diese werden zurzeit auf nationaler Ebene konkretisiert und dann in die kantonalen Pflegeheimtarifverträge integriert. Mit der kürzlich eingeführten Kostenrechnung in den Betagtenzentren werden die Personalkosten nun transparent und miteinander vergleichbar (Benchmarking). Mit der geplanten Einführung des Globalbudgets auf den 1.1.2002 wird es zur Daueraufgabe der Zentrumsleitungen, die optimale Personalstruktur für die zu erbringenden Leistungen, bei einer festgelegten Qualität, zu gewährleisten.

12. Postulat 185 (1996/2000), Verena Küttel-Schürch namens SP-Fraktion, vom 20. Mai 1999

Agglomeration Luzern als Zentrum der Region Innerschweiz

Bereits in seiner Stellungnahme zum Postulat hat der Stadtrat festgehalten, dass die Region über Gemeinde- und Kantons Grenzen hinaus weitgehend zur funktionalen Einheit verschmolzen ist. Die verschiedenen Zweckverbände und als jüngstes Beispiel der Zusammenschluss der Zivilschutzorganisationen von Horw, Kriens und Luzern zeigen die Entwicklung in Richtung Region Zentralschweiz auf.

Die postulierte Rolle Luzerns als Motor in dieser Sache wird vom Stadtrat wahrgenommen, wobei die Stadt nicht die alleinige Führung für sich beanspruchen kann und darf.

Im Anfang 2000 lancierten "Projekt Agglo und Stadt Luzern" (PASL) arbeiten nebst Kanton und Stadt Luzern 18 weitere Gemeinden sowie der Verband Luzerner Gemeinden VLG mit. In einer ersten Phase wird ein Agglomerationsleitbild erarbeitet und in einer zweiten Phase umgesetzt. PASL lässt alle beteiligten Gemeinden gleichermassen partizipieren und betont gleichzeitig die Leaderposition der Stadt Luzern.

Die im Postulat verlangten Initiativen seitens der Stadt Luzern sind ergriffen, die Diskussionen in diversen Kreisen innerhalb und ausserhalb der Politik eröffnet.

13. Postulat 187, Madeleine Meier namens SP-Fraktion, vom 20. Mai 1999

Luzern plus – die Stadt von morgen

Wirtschaftlich und kulturell funktioniert die Stadt Luzern und mit ihr ein Grossteil der direkt umliegenden Agglomerationsgemeinden als Zentrum der Zentralschweiz. Auf kommunaler Ebene werden mitunter Entscheide getroffen, die weitreichende Auswirkungen auf Institutionen und Bevölkerung anderer Gemeinden haben. Leistungserbringer und -nutzer sowie Kosten- und Entscheidungsträger stimmen räum-

lich nicht überein. Um diesen Umstand zu beheben verlangt das Postulat, Luzern, Ebikon, Emmen, Horw, Kriens und Littau zu einer Gemeinde zu vereinen. Stadt und Kanton Luzern sowie die mitbeteiligten 18 weiteren Gemeinden und der Verband Luzerner Gemeinden VLG wollen mit dem gemeinsamen "Projekt Agglo und Stadt Luzern" (PASL) die Fragen und Probleme der Region Luzern integral angehen. Die Mitwirkung der Stadt Luzern als Nukleus der Projektorganisation ist dabei zwingend vorgesehen.

In welchen Strukturen PASL die konkreten Fragen angehen und lösen wird, lässt sich zurzeit nicht sagen. Die Option einer neuen, grösseren Gemeinde "Luzern plus" steht demnach offen.

In einem urbanen Ballungsgebiet, wie es die Region Luzern darstellt, muss die Zusammenlegung von Gemeinden langfristiges Ziel sein. Bis es so weit ist und sich erste Gemeinden in der Region Luzern allenfalls vereinen, werden mehrere Jahre vergehen. Es versteht sich von selbst, dass ein solcher Zeitpunkt ausserhalb der Beantwortungsfrist für das Postulat zu liegen kommt.

14. Postulat 246 (1996/2000), Adrian Schmid und Cony Grünenfelder namens der GB-Fraktion, vom 20. Mai 1999

Für die umfassende Klärung der Hintergründe der nicht erbrachten Leistungen des Flusskraftwerkes Mühlenplatz in Luzern

Die Angelegenheit wurde noch 1999 in der GPK diskutiert. Die StWL haben damals umfassend orientiert und im Nachgang das Mitglied der Fraktion Grünes Bündnis noch persönlich orientiert. Auf die Frage des Direktors der Städt. Werke zum weiteren Vorgehen hat die GPK die Sache als erledigt und insbesondere einen Bericht an das Parlament als nicht notwendig erachtet.

15. Postulat 214 (1996/2000), Peter Henauer und Mitunterz., vom 1. Juli 1999
regional denken – lokal handeln und verbessern: Rütli

Mit Beschluss 1138 vom 27.09.2000 hat der Stadtrat zustimmend Kenntnis vom Schlussbericht "Verkehrskonzept Hauptachsen Luzern" genommen. Gemäss diesem von Stadt und Kanton gemeinsam erarbeiteten Konzept zur betrieblichen Optimierung der Hauptachsen in der Stadt sollen im Massnahmenbündel 3 die Velobeziehungen am Bundesplatz, am Paulusplatz, beim Rütli und an der Spitalstrasse verbessert werden. Die Kredit- und Projektbewilligungen für die Massnahmen erfolgen durch den Kanton, da es sich um Kantonsstrassen handelt. Die Umsetzung ist gegen Ende 2001 vorgesehen.

16. Postulat 215 (1996/2000), Peter Henauer und Mitunterz., vom 1. Juli 1999
regional denken – lokal handeln und verbessern: Paulusplatz

Mit Beschluss 1138 vom 27.09.2000 hat der Stadtrat zustimmend Kenntnis vom Schlussbericht "Verkehrskonzept Hauptachsen Luzern" genommen. Gemäss diesem von Stadt und Kanton gemeinsam erarbeiteten Konzept zur betrieblichen Optimierung der Hauptachsen in der Stadt sollen im Massnahmenbündel 3 die Velobeziehungen am Bundesplatz, am Paulusplatz, beim Rütli und an der Spitalstrasse verbessert werden. Die Kredit- und Projektbewilligungen für die Massnahmen erfolgen durch den Kanton, da es sich um Kantonsstrassen handelt. Die Umsetzung ist gegen Ende 2001 vorgesehen.

17. Postulat 216 (1996/2000), Peter Henauer und Mitunterz., vom 1. Juli 1999
regional denken – lokal handeln und verbessern: Bundesplatz

Mit Beschluss 1138 vom 27.09.2000 hat der Stadtrat zustimmend Kenntnis vom Schlussbericht "Verkehrskonzept Hauptachsen Luzern" genommen. Gemäss diesem von Stadt und Kanton gemeinsam erarbeiteten Konzept zur betrieblichen Optimierung der Hauptachsen in der Stadt sollen im Massnahmenbündel 3 die Velobeziehungen am Bundesplatz, am Paulusplatz, beim Rütli und an der Spitalstrasse verbessert werden. Die Kredit- und Projektbewilligungen für die Massnahmen erfolgen durch den Kanton, da es sich um Kantonsstrassen handelt. Die Umsetzung ist gegen Ende 2001 vorgesehen.

18. Postulat 228 (1996/2000), Rolf Hilber namens der CVP/CSP-Fraktion, vom 1. Juli 1999
Im Winter zu dunkel und im Sommer zu warm – Strom für unsere Marktfahrer am Rathausquai

Die Arbeiten für die Installation von Steckdosen für Marktfahrer und andere Interessenten sind in Absprache zwischen der Sicherheitsdirektorin und dem Baudirektor im Gange.

19. Postulat 255 (1996/2000), Ruedi Meier namens der GB-Fraktion und Peter Henauer namens der SP-Fraktion, vom 21. Oktober 1999
Eine Bustangentiallinie Kriens – Luzern – Reussbühl – Emmenbrücke

Gestützt auf den Letter of Understanding wird die Einführung von S-Bahn-Strecken geprüft. Laut Strategie des ÖVL müssen die Angebote im öffentlichen Agglomerationsverkehr auf die S-Bahn abgestimmt werden. Die Frage einer Tangentiallinie

Kriens–Emmenbrücke mit Bus-Betrieb ist deshalb in einem späteren Zeitpunkt, nach Ablauf der Erledigungsfrist, zu prüfen.

20. Postulat 274 (1996/2000), Guerino Riva namens der CVP/CSP-Fraktion, vom 25. November 1999

Verhinderung eines Verkehrsinfarktes im Bereich Reussport-Sonnenberg

Mit der Lancierung des Letter of Understanding hat der Kanton, in Absprache mit dem Bund, auch Massnahmen zur Entlastung der A2 auf Stadtgebiet aufgezeigt. Die Stadt hat den Letter ebenfalls unterzeichnet und damit die Zustimmung bekundet.

21. Postulat 275 (1996/2000), Guerino Riva namens der CVP/CSP-Fraktion, vom 25. November 1999

S-Bahn auf die SBB-Geleise

Mit dem Letter of Understanding hat der Kanton zusammen mit der SBB die Planung der S-Bahn begonnen. Die entsprechenden Arbeiten sind aufgenommen worden.

22. Postulat 276 (1996/2000), Guerino Riva namens der CVP/CSP-Fraktion, vom 25. November 1999

Ausstellungsbahnhof Allmend

Mit dem Letter of Understanding hat der Kanton zusammen mit der SBB die Planung der S-Bahn begonnen. In den Entwürfen für eine S-Bahn sind auch eine Haltestelle Allmend sowie die unterirdische Einführung der Brünigbahn in den Bahnhof Luzern vorgesehen.

23. Postulat 148 (Bürgergemeinde) Margrit Steinhauser vom 1. Dezember 1999

Deutschkurse für die Mitarbeiterschaft der Bürgergemeinde

Interesse und Bedarf an Deutschkursen für fremdsprachige Mitarbeitende in den Betagtenzentren beurteilte der ehemalige Bürgerrat als ausgewiesen und nahm das Postulat zur Prüfung entgegen. Um ein bedarfsgerechtes Angebot zu erstellen und damit den Erfolg der Kurse zu gewährleisten, werden im Moment möglichst homogene Zielgruppen definiert und quantitativ zu bestimmen versucht. Bis zum Herbst 2001 soll das Personalamt, in enger Zusammenarbeit mit der Beauftragten für Sozialkultur, die ersten Kurse ausschreiben.

24. Postulat 211 (1996/2000), Felicitas Zopfi-Gassner namens der SP-Fraktion und Ruedi Meier namens der GB-Fraktion, vom 16. Dezember 1999

Raumkonzept Pädagogisches Zentrum Musegg

Die Motion wurde am 6.12.1999 als Postulat überwiesen. Zurzeit ist von Seiten des Kantons noch nicht festgelegt, welche Ausbildungsbereiche der Lehrerinnen-/und Lehrerbildung in den Schulanlagen Musegg/Fluhmatt untergebracht werden sollen. Auch steht nicht fest, ob das zurzeit in dieser Anlage geführte musisch-pädagogische Kurzzeitgymnasium langfristig an diesem Standort verbleibt. Die Anforderungen an die räumliche Infrastruktur der Schulen, die dort später geführt werden sollen, liegen deshalb ebenfalls nicht vor. Die Stadt ist nicht in der Lage und zudem nicht kompetent, ein Raumkonzept für eine vom Kanton geführte Schule zu erstellen.

25. Postulat 312 (1996/2000) Verena Küttel vom 16. Dezember 1999

Kennzahlen zur Dauer von Verfahren

Die Stadtplanung publiziert seit 1999 im Geschäftsbericht die Dauer von Bewilligungsverfahren. Das Produkteblatt des Steueramtes wird im Geschäftsbericht 2000 wunschgemäss verfeinert.

26. Postulat 164 (Bürgergemeinde) Rudolf Tuor vom 14. Juni 2000

Lärmschutzmassnahmen beim Betagtenzentrum

In Ergänzung zum Projekt Knoten Schlossberg wurden in Absprache mit der Leitung des Betagtenzentrums Rosenberg weitergehende bauliche Massnahmen im Strassenbereich zur Lärmreduktion getroffen. Messungen haben gezeigt, dass damit im Schnitt die Werte gemäss Lärmschutzverordnung eingehalten werden, die Werte aber je nach Witterung (Nässe, Wind) wahrnehmbar schwanken können. Im Moment sind aufgrund der rechtlichen Situation und der bekannten Werte keine weiteren Massnahmen nötig resp. möglich.

27. Postulat 386 (1996/2000), Beat Züsli namens der SP-Fraktion, vom 29. Juni 2000

Auswertung der Parkleitsystem-Daten

Zusammen mit der Parkleitsystem AG wurde nach einer geeigneten Publikation der gewünschten Daten gesucht. Demnach wird in Zukunft im Geschäftsbericht der Parkleitsystem AG jährlich über die Auslastungen in den Parkhäusern berichtet (zusammengefasst für den Kernbereich und die Peripherie). Somit kann die Entwicklung von Jahr zu Jahr beurteilt werden. Die erste Veröffentlichung erfolgt mit dem Ge-

schäftsbericht 2000.

28. Postulat 341 (1996/2000), Adrian Schmid namens der GB-Fraktion, vom 29. Juni 2000
Für eine öffentliche, unentgeltliche Toilette im Luzerner Bahnhof

Die SBB hat die Reinigung an die Mc Clean AG übertragen. Diese betreibt die Toiletten auf privatwirtschaftlicher Basis. Ein Angebot mit einer unentgeltlichen Toilette kommt für die AG nicht in Frage. Zudem hat die SBB im Vertrag mit der Mc Clean AG ein Konkurrenzverbot vereinbart. Das Anliegen kann daher nicht erfüllt werden.

29. Postulat 390 (1996/2000), Felicitas Zopfi-Gassner-Gassner namens der SP-Fraktion und Peter Muheim namens der GB-Fraktion, vom 25. Januar 2001
Sofortmassnahmen am Schweizerhofquai

Mit Bericht und Antrag 8/2001 Schweizerhofquai. Provisorische Massnahmen. Wettbewerbskredit vom 14. März 2001 schlägt der Stadtrat vor, provisorische Massnahmen am Schweizerhofquai zu realisieren. Der Bericht und Antrag liegt im Mai/Juni im Grossen Stadtrat vor. Das Anliegen der Postulanten ist daher erfüllt.

30. Postulat 14 (2000/2004) Bruno Heutschy namens der SVP-Fraktion vom 25. Januar 2001
Massvoller Ausbau Schweizerhofquai

Mit Bericht und Antrag 8/2001 Schweizerhofquai. Provisorische Massnahmen. Wettbewerbskredit vom 14. März 2001 schlägt der Stadtrat vor, provisorische Massnahmen am Schweizerhofquai zu realisieren. Der Bericht und Antrag liegt im Mai/Juni im Grossen Stadtrat vor. Das Anliegen des Postulanten ist daher erfüllt.

Antrag

Unter Hinweis auf die Begründungen beantragt Ihnen der Stadtrat, die Motionen und Postulate Ziff. 1–30 als erledigt abzuschreiben.

Luzern, 11. April 2001

Urs W. Studer
Stadtpräsident

Toni Göpfert
Stadtschreiber



Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 12/2001 vom 11. April 2001 betreffend

Abschreibung von Motionen und Postulaten,

gestützt auf den Bericht der Geschäftsprüfungskommission,

in Anwendung von Art. 87 Abs. 3 des Geschäftsreglementes des Grossen Stadtrates von Luzern vom 11. Mai 2000,

beschliesst:

Die Motionen und Postulate gemäss den Ziffern 1–30 werden abgeschrieben.

Anhang

zu B+A 12/2001 Abschreibung von Motionen und Postulaten

Bereinigter Beschluss des Grossen Stadtrates

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 12/2001 vom 11. April 2001 betreffend

Abschreibung von Motionen und Postulaten,

gestützt auf den Bericht der Geschäftsprüfungskommission,

in Anwendung von Art. 87 Abs. 3 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates von Luzern vom 11. Mai 2000,

beschliesst:

Die Motionen und Postulate gemäss den Ziffern 1–30, ausgenommen die Ziffern 12 und 13, werden abgeschrieben.

Luzern, 7. Juni 2001

Peter Brauchli
Ratspräsident

Toni Göpfert
Stadtschreiber



Anhang 1

Für die folgenden Vorstösse stellt der Stadtrat gemäss Art. 87 Abs. 2 des Geschäftsreglementes des Grossen Stadtrates der Geschäftsprüfungskommission einen begründeten Antrag, die Erledigungsfrist um ein Jahr zu verlängern. Es handelt sich dabei um Vorstösse, deren Frist zwischen dem 1. Januar und dem 31. Dezember 2001 abläuft.

1.1 Motion 177 (1996/2000), Walter Müller namens der FDP-Fraktion, vom 25. März 1999

Stadtpolizei Luzern – Kosten senken und dennoch mehr Sicherheit produzieren – Sicherheitspartnerschaft einführen!

Bereits in der stadträtlichen Stellungnahme zur Motion wird darauf hingewiesen, dass für die Zusammenarbeit zwischen den im Bereich Sicherheit tätigen Organisationen insbesondere eine enge und vernetzte Zusammenarbeit der Stadt- mit der Kantonspolizei anzustreben ist. Diese Zusammenarbeit soll nicht nur den operativen, sondern auch den administrativen Bereich betreffen. Gerade Verbesserungen im administrativen Bereich in umfassender Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei sind für eine nachhaltige Effizienzsteigerung im operativen Bereich von Bedeutung. Der Stadtrat hat in Kenntnis dieses Zusammenhanges ein zusätzliches Projekt gestartet mit dem Auftrag, unter Mitberücksichtigung der Aufgabenstellung des neuen Vertrages über das Führen einer Stadtpolizei die Schwachstellen zu erkennen und durch geeignete Massnahmen zu verbessern. Generelle Zielsetzungen sind eine Effizienzsteigerung der Polizeiarbeit, die Senkung der Betriebskosten und die Nutzung vorhandener Synergien zwischen der Kantons- und der Stadtpolizei auch im logistischen und administrativen Bereich, insbesondere bei den Informatikmitteln. Die Arbeiten an diesem Projekt erfolgen unter Einbezug des Sicherheitsdepartements des Kantons Luzern und der Kantonspolizei und sind aufwändig. Teilbereiche stehen bereits kurz vor der operativen Realisierung, die Realisierung des Projektes in seiner Gesamtheit erfordert noch einige Zeit. In der Gewissheit, dass die getroffenen und geplanten Massnahmen sich nicht nur für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger, sondern auch finanziell positiv auswirken, beantragt der Stadtrat Fristverlängerung bis zur Orientierung des Parlaments.

- 1.2 Postulat 195 (1996/2000), Cony Grünenfelder und Mitunterzeichner, vom 10. Juni 1999

Ideenwettbewerb für eine Ufergestaltung zwischen KKL und Aufschütte

Der Entscheid über die Zukunft des Seeclubgebäudes ist noch ausstehend. Erst danach kann das Teilprojekt "Inseli" wettbewerbsmässig durch Fachleute bearbeitet werden.

- 1.3 Postulat 203 (1996/2000), Cony Grünenfelder und Adrian Schmid namens der GB-Fraktion, vom 10. Juni 1999

Optimierung der Verkehrserschliessung KKL und der Verkehrsführung im Bereich Bahnhof/Europaplatz/Inseli/Tribschen

Der Stadtrat hat das Postulat in dem Sinne entgegengenommen, als er es als Daueraufgabe betrachtet, die Funktionsfähigkeit des Verkehrssystems aufrechtzuerhalten und dabei insbesondere die Mittel des Umweltverbundes zu fördern. In diesem Rahmen wurde zusammen mit dem Kanton das Verkehrskonzept Hauptachsen Luzern erarbeitet. Davon sind jedoch keine deutlich spürbaren Entlastungen im Bereich Bahnhof zu erwarten. Im Bahnhofbereich sind kurzfristig nach wie vor lediglich punktuelle Massnahmen bei der Verkehrsführung möglich (wie z. B. optimalere Anordnung der Buslinien oder ausnahmsweise Sperrungen der Zufahrt vom Inseli). Der Stadtrat prüft deshalb zusammen mit dem Kanton auch Netzergänzungen, die den motorisierten Individualverkehr im Zentrum signifikant reduzieren und damit Platz für den öffentlichen Verkehr schaffen können.

- 1.4 Postulat 209 (1996/2000), Thomas Rothenbühler namens der SP-Fraktion, vom 1. Juli 1999

Grünanlage an der unteren St. Karlistrasse

Aus finanziellen Gründen konnte das Anliegen des Postulates noch nicht umgesetzt werden. In Absprache mit der Bauherrschaft "Klarahof" soll hingegen vorerst mit einfachen baulichen Massnahmen die Durchfahrt unterbrochen werden.

- 1.5 Postulat 305 (1996/2000), Peter Muheim und Mitunterz., vom 16. September 1999
Mehr Verkehrssicherheit an der Bireggstrasse

Wie bereits in der Stellungnahme zum Postulat dargelegt, ist ein Einbezug der Bireggstrasse in eine Tempo-30-Zone aufgrund der geltenden Rechtslage nicht möglich. Alternative Möglichkeiten zur Temporeduktion wie bauliche Massnahmen

oder z. B. Tempo 40 werden geprüft.

- 1.6 Postulat 260 (1996/2000), Beat Züsli namens der SP-Fraktion, vom 21. Oktober 1999
Eine neue Fussgängerzone Mühlenplatz

Der Stadtrat befürwortet nach wie vor die Einführung einer Fussgängerzone am Mühleplatz. Im momentanen Stand der Parkplatzdiskussion ist eine isolierte Aufhebung einer doch beachtlichen Anzahl Parkplätze nicht opportun. Die Aufhebung der Parkplätze am Mühleplatz muss im Zusammenhang mit dem Richtplan Parkierung geprüft werden.

- 1.7 Postulat 207 (1996/2000), Peter Henauer namens der SP-Fraktion, vom 21. Oktober 1999
Auswertung Steuererträge

Das Postulat wünscht eine Auswertung des Steuerertrags nach verschiedenen Kriterien. Der Stadtrat hat eine detaillierte Aussage zugesagt, sofern die Auswertung elektronisch ausgeführt werden kann. Voraussetzung dafür ist die Einführung einer entsprechenden Nest-Lösung. Die Einführung ist bis Ende Jahr geplant.

- 1.8 Postulat 238 (1996/2000), Heidy Steffen und Ruedi Meier namens der GB-Fraktion, vom 21. Oktober 1999
Für eine umfassende Sozialplanung im Kanton Luzern

Im Rahmen des Organisationsentwicklungs-Projektes der Sozialdirektion werden Grundlagen im Bereich der Sozialplanung erarbeitet. Dieses Projekt läuft 2001 und sollte im Sommer 2002 beendet werden.

- 1.9 Postulat 270 (1996/2000), Emerentia Bucher-Schaad namens der CVP/CSP-Fraktion, vom 4. November 1999
Optimieren des Busbahnhofes für Sehbehinderte und Blinde

Die Massnahmen sind vorbereitet, aber noch nicht umgesetzt.

- 1.10 Motion 298 (1996/2000), Cony Grünenfelder namens der GB-Fraktion, vom 4. November 1999
Für einen Bericht betreffend städtische Liegenschaftspolitik

Der Liegenschaftenbericht wird dieses Jahr erarbeitet.

- 1.11 Motion 199 (1996/2000), Christoph Portmann namens der SVP-Fraktion, vom 16. Dezember 1999

Probleme der hohen Ausländeranteile

In seiner Stellungnahme zur Motion 355 "Konzept für die Volksschule" hat der Stadtrat u. a. darauf hingewiesen, dass er bereit ist, die Thematik des hohen Ausländeranteils an der Volksschule im Rahmen eines umfassenden Berichtes über die künftige Entwicklung der Volksschule zu behandeln. Dieser Bericht wird im Verlaufe des Jahres 2001 erarbeitet und anschliessend mit einer Stellungnahme der Schulpflege dem Grossen Stadtrat unterbreitet.

Anhang 2

Folgender Vorstoss wird separat mit einem vom Stadtrat verabschiedeten Bericht und Antrag abgeschrieben:

- 2.1 Motion 179 (1996/2000), Ruedi Meier namens der GB-Fraktion und Felicitas Zopfi-Gassner namens der SP-Fraktion, vom 16. September 1999

Neues Schulleitungsmodell

Abschreibungsantrag folgt noch vor den Sommerferien mit separatem B+A "Reglement über die Organisation der städtischen Volksschulen / Erlass". Vorgesehene Behandlung dieses B+A im Grossen Stadtrat am 28. Juni 2001.

Anhang 3

Für die folgenden Motionen und Postulate kann noch kein Abschreibungsantrag gestellt werden bzw. läuft die Frist gemäss Art. 87 Abs. 1 des Geschäftsreglementes des Grossen Stadtrates noch nicht ab:

- 3.1 Postulat 292 (1979/1983), Charlotte Habegger namens der SP-Fraktion, vom 2. April 1987
Errichtung einer Artothek
- 3.2 Postulat 157 (1987/1991), Franz Bossart und Mitunterzeichner, vom 27. April 1989
Depot für Bilder und Grafik im Stadthaus
- 3.3 Postulat 473 (1983/1987), Ronald Vonmoos namens der POCH-Fraktion, vom 7. September 1989
Luft und Lärm 5: Parkplatzreglement überarbeiten
- 3.4. Postulat 291 (1996/2000), Peter Muheim namens der GB-Fraktion, vom 27. Januar 2000
Zugangsgestaltung Kapellbrücke
- 3.5 Postulat 325 (1996/2000), Lotti Marti-Schindler namens SP-Fraktion, vom 13. April 2000
Verkehrssicherheit auf der Arsenalstrasse
- 3.6 Postulat 326 (1996/2000), Ruedi Meier namens der GB-Fraktion, vom 13. April 2000
Evaluierung des aktuellen Kulturangebotes
- 3.7 Postulat 331 (1996/2000), Peter Muheim namens der GB-Fraktion, vom 15. Juni 2000
Öffentliche Nutzung um den Bahnhof Luzern
- 3.8 Postulat 378 (1996/2000), Beat Züsli und Madeleine Meier namens der SP-Fraktion, vom 15. Juni 2000
Mit neuer Quartierpolitik zur Wohnstadt Luzern

- 3.9 Postulat 379 (1996/2000), Madeleine Meier und Beat Züsli namens der SP-Fraktion, vom 15. Juni 2000
Eine Stelle für Stadtentwicklung
- 3.10 Postulat 307 (1996/2000), Walter Müller namens der FDP-Fraktion, vom 29. Juni 2000
Öffentlicher Verkehr – Langzeitstrategie 2005+
- 3.11 Motion 302 (1996/2000), Kurt Bieder namens der FDP-Fraktion, vom 29. Juni 2000
Beschäftigung von ausgesteuerten Personen
- 3.12 Motion 322 (1996/2000), Adrian Schmid namens der GB-Fraktion, vom 29. Juni 2000
Bericht über die Miete für Vereine im Kultur- und Kongresszentrum Luzern
- 3.13 Postulat 370 (1996/2000), Cony Grünenfelder namens der SP-Fraktion, vom 28. September 2000
Unterstützung des europäischen Aktionstages "Ohne Auto in die Stadt!"
- 3.14 Postulat 300 (1996/2000), Verena Küttel namens der SP-Fraktion, vom 28. September 2000
Regionalisierung der Spitex
- 3.15 Motion 323 (1996/2000), Adrian Schmid und Ruedi Meier namens der GB-Fraktion, vom 28. September 2000
Bericht über die Kostenüberschreitung beim Kultur- und Kongresszentrum Luzern
- 3.16 Postulat 330 (1996/2000), Peter Muheim und Ruedi Meier namens der GB-Fraktion, vom 25. Oktober 2000
Schluss mit dem Velochaos
- 3.17 Postulat 380 (1996/2000) Louis Baume vom 25. Oktober 2000
Für die Bildung von mediatorischen Konferenzen zur Sicherung der städt. Aufgabe "Luzerner Innenstadt als Marktplatz"
- 3.18 Postulat 397 (1996/2000), Helen Haas-Peter namens der CVP/CSP-Fraktion, vom 25. Oktober 2000
Öffentliche Ausschreibung des Kulturzentrums BOA für eine neue Trägerschaft verbunden mit einem Leistungsauftrag

- 3.19 Postulat 364 (1996/2000), Romy Tschopp namens der SP-Fraktion, vom 28. Oktober 2000
Bruttokosten-Budgetierung für alle städtischen Leistungen
- 3.20 Motion 313 (1996/2000), Felicitas Zopfi-Gassner-Gassner namens der SP-Fraktion und Ursula Moser Vollmeier namens der GB-Fraktion, vom 30.11.2000
Neue Arbeitszeitmodelle
- 3.21 Postulat 367 (1996/2000), Helen Haas-Peter namens der CVP/CSP-Fraktion und Ruedi Meier namens der GB-Fraktion, vom 30. November 2000
Kulturgüterschutz
- 3.22 Postulat 368 (1996/2000), Helen Haas-Peter namens der CVP/CSP-Fraktion und Ruedi Meier namens der GB-Fraktion, vom 30. November 2000
Denkmalschutzorganisation überprüfen
- 3.23 Motion 355 (1996/2000), Felicitas Zopfi-Gassner-Gassner namens der SP-Fraktion, vom 25. Januar 2001
Konzept für die Volksschule
- 3.24 Postulat 385 (1996/2000), Beat Züsli namens der SP-Fraktion, vom 25. Januar 2001
Ein neues City-Logistik-Konzept für die Altstadt
- 3.25 Postulat 391 (1996/2000), Christoph Portmann namens der SVP-Fraktion, vom 25. Januar 2001
Internet als Dienstleistung der öffentlichen Verwaltung
- 3.26 Postulat 394 (1996/2000), Cony Grünenfelder namens der GB-Fraktion, vom 25. Januar 2001
Für einen Kindergarten und einen Kinderhort in der Überbauung Tribschen
- 3.27 Postulat 402 (1996/2000), Helen Haas-Peter namens der CVP/CSP-Fraktion, vom 25. Januar 2001
Städtebaulicher Ideenwettbewerb über die Quaianlagen von Luzernerhof bis Inseli
- 3.28 Motion 11 (2000/2004), Andreas Moser und Guido Durrer namens der FDP-Fraktion, vom 8. Februar 2001
Gesamtbericht Liegenschaften Neue Stadt Luzern

- 3.29 Postulat 12 (2000/2004), Andreas Moser und Guido Durrer namens der FDP-Fraktion, vom 8. Februar 2001
Für die Erarbeitung eines tiefgreifenden Verkehrskonzepts für die Stadt (und Region) Luzern
- 3.30 Motion 21 (2000/2004), Beat Züsli namens der SP-Fraktion, vom 8. Februar 2001
Wie gesund sind die Luzerner Schulhäuser?
- 3.31 Motion 27 (2000/2004), Rita Ueberschlag namens der GB-Fraktion, vom 8. Februar 2001
PCB in den Schulräumen (polychlorierte Biphenyle)
- 3.32 Postulat 51 (2000/2004), Andreas Moser namens der FDP-Fraktion, vom 8. Februar 2001
Für einen Standort der Universität im Bereich des Güterbahnhofareals
- 3.33 Motion 377 (1996/2000), Christoph Portmann namens der SVP-Fraktion, vom 15. März 2001
Ansiedlung von neuen Firmen im Berich Hightech in der Stadt Luzern